Abg. Grünewald führte aus, dass seit Erscheinen der Krefelder Studie mit ihren zum Teil verheerenden Ergebnissen allen ganz deutlich vor Augen geführt worden sei, dass der Insektenschutz ein immens wichtiges Anliegen sei. Deswegen sei vom Bund 2019 ein 100-Mio.-Programm jährlich verabschiedet worden. Ergänzend hierzu wolle der Kreis ab 2023 einen zusätzlichen Betrag in den Haushalt einstellen, um den Vertragsnaturschutz weiter zu betreiben. Die Zielformulierung hinsichtlich der Erweiterung von Vertragsnaturschutzflächen sei erfreulich. Sie lobte die von der Verwaltung dargelegten Handlungsoptionen und erklärte die Unterstützung des Ansinnens durch ihre Fraktion.

Abg. Hildebrandt fragte, warum zu Beginn des Jahres 2021 ein Beschluss für das Jahr 2023 gefasst werden müsse. Man wisse heute nicht, welche Insektenschutzprogramme bis 2025 auf Landes- oder Bundesebene auf den Weg gebracht würden, daher erschließe sich ihm die Sinnhaftigkeit des Beschlussvorschlages nicht.

Dezernent Schwarz erklärte, dass es im Vertragsnaturschutz Vorlaufzeiten gebe für die Vertragseinwerbung und den Vertragsschluss mit den beteiligten Landwirten. Es könnten jedoch nur dann rechtskräftige Verträge eingegangen werden, wenn die Finanzierung gesichert sei. Wenn im kommenden Sommer mit der Einwerbung begonnen würde, dann würde die Kassenwirksamkeit des ersten Vertrages erst im Jahr 2023 eintreten. Daher müsse jetzt schon ein Beschluss für den künftigen Haushalt gefasst werden.

Abg. Anschütz zeigte sich grundsätzlich erfreut, dass der Vertragsnaturschutz unterstützt werden solle. Allerdings sehe ihre Fraktion es kritisch, dass nur Maßnahmen in der Landwirtschaft beabsichtigt seien. Bei einem Radius von 500 m stellten z. B. Städte wie Siegburg oder Troisdorf aufgrund ihrer Flächengröße sozusagen weiße Flecken auf der Landkarte dar, da es in diesen Städten so gut wie keine naturnahen Flächen gebe. Hier gelte es ein entsprechendes Bewusstsein in der Bevölkerung zu schaffen, daher würden in der Zukunft weitere Anträge hierzu gestellt.

Vorsitzender Abg. Dr. Griese wies Abg. Anschütz darauf hin, dass auch im Maßnahmenprogramm 2025 sowie in den der Vorlage angehängten Handlungsoptionen bereits entsprechende Projekte beschrieben seien.

Hiernach verlas er den Beschlussvorschlag und ließ sodann darüber abstimmen.